

tion bestimmt ist als Rußland, unüberhörbar eine öffentliche Meinung artikuliert, die nicht mehr bereit ist, eine willkürliche Verwaltung und nicht verwirklichte Verfassungsgarantien hinzunehmen. Zivilcourage und bürgerliches Selbstvertrauen werden nicht mehr durch Furcht und Terror niedergehalten wie in der Stalinzeit. Es bleibt bemerkenswert, welchen starken Anteil die katholische Kirche am Wiedererstehen dieses Selbstbewußtseins hat. Ob und in welcher Weise es zu einer langfristigen Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft führen wird, bleibt abzuwarten.

Gerhard Simon

¹ Religion in Communist Dominated Areas X, 1971, S. 160. ² V. S. Vardys, Catholicism in Lithuania, in: Aspects of Religion in the

Soviet Union 1917—1967, Hrsg. R. H. Marshall jr., Th. E. Bird, A. Q. Blane, Chicago-London 1971, S. 384 f. ³ Kirche im Osten VI, 1963, S. 134. ⁴ Vardys, a. a. O., S. 382 f. ⁵ Kirche in Not XVII, 1970, S. 100. ⁶ Begegnung, 10/1967, S. 14. ⁷ Nauka i religija, 4/1966, S. 5 ff. ⁸ Religion in Communist Dominated Areas IX, 1970, S. 34—36. ⁹ Vgl. A Chronicle of Current Events XVIII, 5. März 1971, Amnesty International Publications, Juni 1971, S. 136 f. Der Brief trägt das Datum vom 8. 1. 1969. ¹⁰ Vgl. ebd. S. 136. ¹¹ Die Verteidigungsrede von Šeškevičius in englischer Übersetzung in: Religion in Communist Dominated Areas X, 1971, S. 158—163. ¹² Chronika tekušičich sobytij XXIII, 5. Januar 1972. ¹³ International Herald Tribune, 27. 9. 1971, 28. 11. 1971; Chronika tekušičich sobytij XXII, 10. November 1971, in: Vol'nos slovo II, 1972, S. 30—31. ¹⁴ Chronika tekušičich sobytij XXII, 10. November 1971, a. a. O., S. 24—25. ¹⁵ Neue Zürcher Zeitung, 30. 3. 1972; International Herald Tribune, 28. III. 1972. ¹⁶ Chronika tekušičich sobytij XVI, Oktober 1970; XXIII, 5. Januar 1972.

Dokumente

Verfolgt oder nur behindert?

Generalsekretär Blake über die Menschenrechte in kommunistischen Ländern

In seiner Ausgabe vom 18. 5. 72 veröffentlichte der Ökumenische Pressedienst einen Brief von Generalsekretär E. C. Blake an die Generalsynode der Reformierten Kirche in den Niederlanden. Der nichtdatierte, Anfang Mai 1972 verfaßte Brief ist ein Antwortschreiben des Generalsekretärs des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) auf eine Anfrage der Synode, was wegen der Mißachtung der Menschenrechte im Sudan und in den kommunistischen Staaten zu unternehmen sei. Blake berührt den durch das Abkommen vom 14. 3. 72 zwischen den Rebellen des Südsudan und der Regierung in Khartum entschärften Sudan-Konflikt (vgl. HK, März 1972) nur kurz und widmet seine Antwort insgesamt der Situation in Osteuropa. Der Brief ist über die ökumenischen Stellen hinaus wenig bekanntgeworden; er verdient aber größtes Interesse. Er gibt nicht nur Aufschluß über die persönliche Haltung Blakes hinsichtlich der Beurteilung verletzter Menschenrechte in Ost und West und in der Dritten Welt; er charakterisiert auch die politischen Weichenstellungen des ÖRK unter der Führung Blakes, dessen Amtszeit diesen Herbst zu Ende geht. Wir hielten es deshalb für richtig, unseren Lesern nicht nur den Wortlaut des Briefes zur Kenntnis zu geben, sondern ihn durch einige Anmerkungen über konkrete Fakten und Daten zu ergänzen. Auch die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

Liebe Freunde! Vor einiger Zeit habe ich Ihren Brief erhalten, in welchem Sie Ihre Beunruhigung über die Mißachtung der Menschenrechte in Osteuropa wie auch im Sudan zum Ausdruck bringen. Ich habe mich bereits früher für Ihr Schreiben bedankt, Sie jedoch noch um etwas Geduld gebeten, da in einem der von Ihnen genannten Länder gerade Verhandlungen geführt wurden, mit dem Ziel, die inneren, blutigen Auseinandersetzungen zu beenden.

Da nunmehr im Sudan ein positives Abkommen unterzeichnet wurde, kann Ihre Frage hinsichtlich dieses Landes sehr leicht beantwortet werden. Unsere Kommission für Zwischenkirchliche Hilfe, Flüchtlings- und Weltdienst führt im Südsudan ein Wiedereingliederungsprogramm durch. Auf diese Weise können alle Kirchen sich daran beteiligen, den Frieden, bei dessen Zustandekommen wir mithelfen konnten, weiter zu festigen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß die Beteiligung des ÖRK an den Sudan-Verhandlungen so lange Zeit hindurch streng geheimgehalten werden mußte; das Ergebnis wird Sie jedoch erkennen lassen, daß eine Organisation wie die unsere der Sache der Menschenrechte oft am besten dient, wenn sie im stillen hinter den Kulissen operiert.

Sind wir im Westen schlecht informiert?

Ihre zweite Frage betrifft Osteuropa. Sie möchten gerne wissen, was Ihre Kirche in diesem Fall tun kann. Meine Antwort ist die gleiche, die der Ökumenische Rat bis jetzt immer auf diese Frage gegeben hat: a) Die Kirchen sind ein sehr wichtiger zuverlässiger Informationskanal. b) Die ökumenische Bewegung gibt uns die besondere Gelegenheit zu Besuchen und Gedankenaustausch. c) Jede Kirche soll so wirksam wie möglich Protest erheben, und zwar gegenüber den Stellen, denen dieser Protest aus Gewissensgründen gelten muß.

Erlauben Sie mir, dazu einige Erläuterungen zu geben. Es gibt wenig verlässliche Information über das kirchliche Leben in Osteuropa, seine Lebendigkeit und seine Schwierigkeiten. Die meisten Menschen im Westen und in der Dritten Welt haben nur ein einseitiges Bild vom Leben des Gottesvolkes in den sozialistischen Ländern. Sie sind oft Opfer der Propaganda des Kalten Krieges, die Berichte aus der schlimmsten Zeit der Unterdrückung während der Stalin-Ära wiederholt, oder sie sind durch begeisterte Berichte über die Glaubenskraft einer bestimmten Kirche beeinflusst und glauben dann, daß alles in Ordnung sei. Andere wieder sind ideologisch so voreingenommen, daß sie keinen Anlaß sehen, an bestimmten Ländern Kritik zu üben. Oft erstaunt es mich, wie viele Menschen den großen Unterschied der religiösen Verhältnisse in den neun sozialistischen Ländern Europas verkennen: ein Zeichen für die verheerenden Auswirkungen der Bildung isolierter politischer Blöcke.

Ein wirkungsvoller Beitrag unserer Kirchen zu der tatsächlichen Anerkennung der Menschenrechte in Osteuropa wird, vermute ich, nur möglich sein, wenn wir von der soliden Grundlage einer viel verlässlicheren und differenzierteren Informations-Strategie ausgehen. Gerade die Kirchen, die glauben, daß die Christen in einigen osteuropäischen Ländern verfolgt werden, sollten bereit sein, sich für einen solchen Informationsdienst einzusetzen. Es gibt genug verlässliche Institute, die sich vor allem mit Studien über Osteuropa befassen, so daß Gemeinden mehr als die schrecklichen Vorfälle religiöser Verfolgung erfahren können. Die vielen Einschränkungen, die den Kirchen Osteuropas auferlegt sind, machen es schwer, diese zu bitten, selbst mehr über ihr Leben zu veröffentlichen. Die Studien, die im Westen durchgeführt und veröffentlicht werden, können jedoch dazu beitragen, eine solide Grundlage für wirkliches Wissen, Verständnis und wirksame Unterstützung zu bilden. Die Information ist jedoch nur der erste Schritt.

Ich glaube, daß wir unseren Mitgliedskirchen in Osteuropa wie auch anderen Gruppen in diesen Ländern, wie z. B. den Juden, am besten helfen können, wenn wir die Möglichkeiten, die uns die ökumenische Bewegung bietet, besser nützen. Solange wir die Kirchen in den sozialistischen Ländern nicht wirklich *kennen*, wirkt die von uns zum Ausdruck gebrachte kritische Anteilnahme oberflächlich und wird von den betreffenden Ländern nur als anti-kommunistische, d. h. politisch ideologische Stellungnahme aufgefaßt¹.

Es ist das große Geschenk der ökumenischen Bewegung, daß wir einander jetzt zum erstenmal kennenlernen können. Eine Reihe von Kirchen haben das verstanden und Beziehungen zu einer Schwesterkirche im anderen Teil Europas aufgebaut. Das gemeinsame Vorgehen innerhalb nationaler Kirchenräte macht es möglich, Beziehungen unterschiedlicher Traditionen in den verschiedenen Ländern herzustellen. In Osteuropa ist man für solche Beziehungen sehr dankbar, und die westlichen Kirchen haben mehr von ihren orthodoxen, katholischen und protestantischen Brüdern im Osten gelernt, als sie erwartet haben. Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß innerhalb des Ökumenischen Kirchenrates in den Niederlanden ein solches Kommunikations-, Besuchs- und Austauschprogramm entwickelt werden kann.

Das bringt mich zu einem zweiten Punkt. Die Beziehungen zu den Kirchen in Osteuropa — und zu gegebener Zeit hoffentlich auch zu den Christen in der Volksrepublik China — sind um so notwendiger geworden, da das marxistische Denken für die Kirchen des Westens an Bedeutung gewinnt. Es hat manchmal den Anschein, als ob der Marxismus bei uns zu den populärsten und überzeugendsten säkularen Philosophien werde, jedenfalls unter den jungen Intellektuellen. Diese Entwicklung verdient es, daß sie von den Kirchen viel ernster genommen wird, als das gewöhnlich der Fall ist. Die theologische Reflexion über den Marxismus ist heute von allen Kirchen gefordert, ungeachtet der Regierungsform, unter der sie leben und das Evangelium verkündigen. Solche Studien müssen jedoch die Kirchen sozialistischer Länder mit einbeziehen, da wir uns sonst selbst um die Erfahrung und das Zeugnis der Kirchen bringen, die in Ländern leben und wirken, wo die Säkularisierung nicht nur ein kultureller Prozeß, sondern Regierungsprogramm ist. Wir täten gut daran, sorgfältiger auf das zu achten, was diese Kirchen uns sagen können².

Ich hoffe deshalb, daß Ihre Kirche wie auch andere holländische Kirchen innerhalb des Ökumenischen Kirchenrates in den Niederlanden darüber nachdenken und entsprechende Schritte unternehmen werden. Das Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen über den „Dialog mit Menschen anderer Religionen und Ideologien“ würde von einer solchen Initiative sehr profitieren und auch den nötigen Rahmen zur Verfügung stellen, um diese gemeinsam voranzutreiben und zu vertiefen.

Auf einen solchen wirksamen und umfassenden Kontakt mit den Kirchen in Osteuropa und im Rahmen eines neu erwachten Interesses für die christliche Reflexion über den Marxismus können wir unsere Stellungnahmen und Vorstöße hinsichtlich der Menschenrechte ausarbeiten. Ich brauche über die Menschenrechte in den verschiedenen Ländern Osteuropas keine Einzelheiten mitzuteilen. Die Situation in Polen ist vollkommen verschieden von der in der DDR, und in Jugoslawien zeigt sie ein sehr anderes Bild als die in der Sowjetunion. Zur Zeit haben sie jedoch alle eines gemeinsam: in allen Ländern Osteuropas hält man den christlichen Glauben unvereinbar mit der marxistischen Lehre, und daher leben Kirche und Staat unausweichlich in ständiger Spannung, trotz der offiziellen Trennung von Kirche und Staat und trotz des offiziellen Grundsatzes der Nichteinmischung. In jedem der Länder werden den christlichen Kirchen, wenigstens vom westlichen Standpunkt aus gesehen, strenge Einschränkungen auferlegt, auch wenn die Glieder dieser Kirchen loyale Staatsbürger ihres Landes sind. In den Verfassungen aller osteuropäischen Länder wird Religionsfreiheit garantiert; jedoch wird diese garantierte Freiheit sehr verschieden ausgelegt. Was im Westen als Grundlage der Freiheit gilt, ist im Osten oft

verboten. Unbeschränkte Veröffentlichungen, Jugendarbeit, Sozialarbeit, Volksmission, die Freiheit, Organisationen zu gründen, Konferenzzentren, Schulen, Klöster oder Seminare zu kritisieren; die Freiheit, die Regierung öffentlich zu kritisieren, ins Ausland zu fahren oder an internationalen Konferenzen teilzunehmen, sind sehr oft aufs engste begrenzt. Einige Länder sind großzügiger als andere, überall bestehen jedoch Einschränkungen, die sehr oft die volle Entfaltung des kirchlichen Lebens und Zeugnisses lähmen.

Auch wenn eine anti-kommunistische Presse im Westen hinsichtlich der Zahl der wirklich verfolgten Christen und ihres Schicksals übertreibt, so muß man doch davon ausgehen, daß es planmäßige Aktionen gegen Minoritäten gibt, die ihr Gedankengut aus anderen Quellen als denen der vorherrschenden Ideologie beziehen; zu viele offene Briefe von protestantischen wie von orthodoxen Christen, zu viele Menschen, die in Arbeitslager geschickt oder in psychiatrischen Kliniken festgehalten werden, zu viele Kirchen und Klöster, die geschlossen sind, bestätigen diese Vermutung. In diesem Zusammenhang muß auch die jüdische Gemeinschaft erwähnt werden. Ihre Lage ist in vielem mit der der Christen zu vergleichen; sie wird jedoch dadurch erschwert, daß die Juden ihre ethnische Identität zu erhalten bestrebt sind³.

Der Ökumenische Rat der Kirchen ist sich dieser Situation bewußt und weiß, daß viele seiner Grundsatzserklärungen zur Frage der Menschenrechte sich auf Osteuropa ebenso beziehen wie auf Südostasien, Nordamerika, Südafrika und Lateinamerika.

Einige unserer Mitgliedskirchen, die diese Lage mit besonderer Aufmerksamkeit mitverfolgen, haben mit den Botschaften der betreffenden Länder in ihrem eigenen Land Verbindung aufgenommen, nachdem sie sich über Tatsachen durch sorgfältige Studien und direkte Kontakte Klarheit verschafft hatten. Solche direkte Kontaktaufnahme mit Vertretern der betreffenden Regierung oder durch die eigene Regierung in dem betreffenden Land sind sicher wirksamer als Anfragen oder Beschwerden, die an unsere Mitgliedskirchen in den osteuropäischen Ländern gerichtet werden.

In jedem Fall müssen wir uns fragen: Erreichen wir mit einem öffentlichen Protest wirklich etwas, oder sollten wir eher offiziös vorgehen? Einige unserer führenden Persönlichkeiten und Mitarbeiter haben privat Demarchen gegenüber Regierungsbeamten in sozialistischen Ländern unternommen und sich für die größere Freiheit der Kirchen eingesetzt. Wir müssen uns immer wieder vor Augen halten, daß nach unserer Erfahrung solche Schritte sehr oft erfolgreicher waren als öffentliche Erklärungen⁴.

Die Politik des ÖRK

Der Ökumenische Rat der Kirchen wird weiterhin bemüht sein, unser gemeinsames Verständnis der Menschenrechte zu erweitern und die Regierungen zu drängen, diese Grundsätze zu akzeptieren und anzuwenden. Er wird alles tun, um so viele Kirchen wie möglich in einer Gemeinschaft zusammenzuschließen, die gegenseitige Bereicherung und Kritik zu ermöglichen und als ein Forum zu dienen, auf welchem die Mitgliedskirchen einander informieren können und sprechen, wie es die gegebene Lage im Hinblick auf die Aufgaben erfordert. Die Mitgliedskirchen können sich in ihren eigenen Äußerungen und Handlungen auf solche Erklärungen beziehen und sich oft präziser ausdrücken, als der ÖRK es kann.

Lassen Sie mich noch zwei weitere Punkte erwähnen. Es gibt viele Leute in unseren Mitgliedskirchen, die für gleiche Behandlung in allen Fällen von Diskriminierung eintreten. Sie möchten gerne auf die gleiche Weise in Ländern protestieren, in welchen die öffentliche Meinung eine große Macht darstellt, wie in solchen Ländern, wo die öffentliche Meinung nur wenig Einfluß hat. Sie möchten gerne in gleicher Weise in Ländern protestieren, in welchen Kirchen bei Wahlen ins Gewicht fallen

und große moralische Bedeutung haben, wie in Ländern, in denen Kirchen kaum geduldet sind. Sogar auf die Gefahr hin, daß Kirchen in große Schwierigkeiten kommen können, wenn der ÖRK ihre Regierungen kritisiert, meinen sie, daß der ÖRK dort genau so vorgehen sollte wie in Ländern, wo Kirchen konstruktive und kritische Beiträge leisten können und sogar dazu aufgefordert werden.

Ich weiß, daß eine solche Politik, die auf die unterschiedlichen Situationen keine Rücksicht nimmt, dem Ansehen des ÖRK in der Öffentlichkeit nützen könnte, jedoch bin ich nicht bereit, einen solchen Preis für unser öffentliches Image zu zahlen. Wichtiger als das Ansehen des ÖRK ist die Qualität unserer Gemeinschaft, und eine echte Gemeinschaft kommt darin zum Ausdruck, daß sie in unterschiedlicher Weise auf die wirklichen Bedürfnisse derer eingeht, die unter Diskriminierung leiden. In der ökumenischen Bewegung ist es notwendig, die unterschiedlichen Situationen zu respektieren und folglich auch verschiedene Mittel zu deren Verbesserung einzusetzen.

Das heißt nicht, daß wir schweigen müssen in Fällen, in denen wir reden sollten. Es kann aber sehr wohl heißen, daß es verschiedene Arten des Redens gibt. In einem Fall mögen wir als Kritiker auftreten, im anderen als Anwalt einer Sache; einmal ist ein öffentlicher Protest notwendig, ein anderes Mal müssen wir versuchen, hinter den Kulissen zu überreden.

Lassen Sie mich zuletzt noch auf einen wichtigen Punkt hinweisen: Wir müssen uns bemühen, nicht den Eindruck zu erwecken, daß wir die Lage in Osteuropa isoliert betrachten oder ihr automatisch Priorität zuerkennen würden. In ihrem Brief fragen sie besonders danach, was Ihre Kirche für die Menschen in Osteuropa tun könne, die behaupten, daß ihre Menschenrechte mißachtet werden. Ich bin sicher, daß man Sie in den Niederlanden deswegen bereits kritisiert hat. Warum wählen Sie nicht die Folterungen in Brasilien, willkürliche Rechtsprechung hinsichtlich schwarzer Amerikaner, politische Häftlinge in Indonesien, Iran oder Nordvietnam? Warum wählen Sie nicht die Lage der Inder in Ostafrika, der Ureinwohner von Australien oder der Eskimos in Kanada? Warum nicht Kommunisten in Griechenland oder Liberale in Paraguay?⁵

Ich zweifle keinen Moment daran, daß Ihre Anteilnahme *allen* Menschen gilt, die um Hilfe gegen Diskriminierung bitten; jedoch müssen wir das immer und immer wieder betonen.

Ich persönlich habe immer versucht, das allgemeine Problem an die Spitze zu stellen. In einem öffentlichen Brief an U Thant, vom 16. April 1970, bat ich im Namen des ÖRK, daß die Vereinten Nationen alles unternehmen mögen, um der Menschenrechtskommission die nötige Vollmacht zu geben, so daß sie Klagen über Mißachtung der Menschenrechte überprüfen und auf ihre Anwendung drängen kann. In diesem Brief nannte ich 11 Länder in allen Kontinenten und den verschiedenen politischen Blöcken, von welchen wir Klagen und Bitten um Hilfe erhalten hatten. Außerdem habe ich in meiner Ansprache während der amerikanischen Konferenz „Ökumenisches Zeugnis“ über Vietnam am 15. Januar 1972 eine Anzahl von Ländern mit Namen genannt, um klarzumachen, daß wir nicht irgendein politisches System herausgreifen oder irgendein bestimmtes Land besonders verantwortlich machen wollen.

Es gibt auch unter unseren Mitgliedskirchen die Meinung, daß die Kirchen stärker gegen nicht-christliche Regierungen protestieren sollten als gegen Mitchristen in Machtpositionen, die ganze Rassen unterdrücken und ausbeuten und sich dabei als Verteidiger der christlichen Zivilisation ausgeben. Damit bin ich nicht einverstanden. Wir werden weiterhin überall für eine bessere Gerechtigkeit eintreten, wir können jedoch nicht unsere besondere Verantwortung gegenüber denen aus den Augen verlieren, die den Menschen ihre Rechte absprechen und das im Namen unseres Glaubens tun.

Aus diesem Grunde halte ich unser Programm zur Bekämpfung des Rassismus für so wichtig. Durch das Übel des weißen Rassismus wird Millionen von Menschen Würde und Gerechtigkeit

abgesprochen. Ich weiß, daß Ihre Synode über das Ausmaß ihrer Beteiligung an diesem Programm noch nicht endgültig entschieden hat. Eine große Anzahl der Glieder Ihrer Kirche haben sich bereits persönlich und finanziell daran beteiligt. Sie haben dazu beigetragen, daß die Kirche in Afrika eine neue Glaubwürdigkeit erlangt. Die positive Rolle der Kirchen bei den Sudan-Verhandlungen wäre ohne das Programm zur Bekämpfung des Rassismus unmöglich gewesen. All dies hat der Kirche auch bei vielen, die ihr fernstehen, zu mehr Glaubwürdigkeit verholfen. Es würde mich nicht wundern, wenn unserer Haltung und folglich auch unser Handeln gegen den weißen Rassismus, der von irreführenden Christen in politischen Machtpositionen verübt wird, entscheidend dazu beitragen sollte, daß wir von atheistischen Regierungen gehört und beachtet werden, wenn wir uns gleichermaßen für die Menschenrechte der Christen und Nichtchristen in ihren Ländern einsetzen⁶.

Eugene Carson Blake

¹ Der Generalsekretär des ÖRK bemüht sich in seinem Schreiben um eine abgewogene Darstellung. Er will zeigen, daß die Menschenrechte in vielen Ländern der verschiedenen Blöcke mit Füßen getreten werden. Der ÖRK versucht nach Kräften unter den verschiedensten politischen Bedingungen, für die Menschenwürde und die freie Entfaltung der Persönlichkeit einzutreten. Eine solche Arbeit ist naturgemäß in offenen politischen Systemen erfolgversprechender als in den geschlossenen Gesellschaften der sozialistischen Länder Osteuropas. Dies ist wahrscheinlich einer der Gründe dafür, daß der ÖRK sich hier bisher eher zurückgehalten hat.

Blake stellt zu Recht fest, daß es heute genügend zuverlässige Informationen über die Mißachtung der Menschenrechte in Osteuropa, insbesondere in der Sowjetunion, gibt. Es muß allerdings gefragt werden, ob hierbei die offiziellen ökumenischen Kontakte der Kirchenleitungen ein geeignetes Medium der Information über die kirchliche Wirklichkeit in Osteuropa sind. Die kirchlichen Würdenträger der Sowjetunion, insbesondere die orthodoxen Bischöfe, betreiben bei ihren öffentlichen Auftritten im Westen eine gezielte Fehlinformation. Sie leugnen jede Verfolgung kirchlicher Aktivität in Osteuropa und wiederholen den offiziellen sowjetischen Slogan von der angeblichen Nichteinmischung des Staates in kirchliche Angelegenheiten. Wir wollen jedoch nicht in Abrede stellen, daß die kirchlichen Vertreter in privaten Gesprächen detailliertere Auskünfte geben. Dieser Brief beweist außerdem, daß Blake persönlich sehr wohl über die kirchliche Wirklichkeit in Osteuropa informiert ist.

² Einen christlich-marxistischen Dialog gibt es heute in Osteuropa praktisch nicht mehr. In der UdSSR wird er seit Mitte der zwanziger Jahre unterdrückt, in der CSSR seit 1968, und in der DDR kann er nur noch versteckt geführt werden. In der theologischen Reflexion über das christliche Zeugnis in einer feindlichen atheistischen Umwelt ist wahrscheinlich in der DDR seit Ende der vierziger Jahre am meisten geleistet worden. Heute scheint es wesentlich unsere Aufgabe zu sein, das Handeln — und nicht das Reden — der Kirchen im sowjetischen Einflußbereich zu verstehen. Der Dialog mit dem Marxismus liegt dagegen auf einer anderen Ebene, wobei es eine offene Frage bleibt, wie breit die gemeinsame Basis zwischen dem in Osteuropa vertretenen Marxismus und dem Neomarxismus westlicher Intellektueller noch ist.

³ Gemeint ist in diesem Absatz die Sowjetunion, wo es eine planmäßige Verfolgung dissidenter christlicher Gruppen gibt, die sich nicht den engen Beschränkungen der sowjetischen Religionsgesetze zu unterwerfen bereit sind. Über die Verfolgungsmaßnahmen im einzelnen liegen aus der Hand der Betroffenen sehr genaue Informationen vor. Die Repressalien gegen die unabhängigen Baptisten und gegen die Kritiker in der russisch-orthodoxen Kirche sowie in anderen Religionsgemeinschaften reichen von ständigen Vorladungen zu den Behörden und Hausdurchsuchungen über Geld- und kurzzeitige Haftstrafen bis hin zu Lagerhaft und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken. Zwischen 1960 und Herbst 1971 sind 575 Baptisten in der Sowjetunion zu Lagerhaft, meist zwischen drei und fünf Jahren, verurteilt worden. Ende Februar 1972 befanden sich noch 133 Reformbaptisten in Haft. Verhaftungen von Geistlichen wurden in den vergangenen Monaten auch aus Rumänien und der CSSR gemeldet, wo seit 1968 besonders die katholische Kirche verstärktem Druck ausgesetzt ist.

⁴ Der ÖRK steht zweifellos bei allen seinen Bemühungen um mehr Glaubensfreiheit in Osteuropa vor einem schweren Dilemma. Er will und muß sich einerseits engagieren, kann und darf jedoch gerade aus ökumenischen Erwägungen heraus seinen Protest nur mit halber Stimme erheben. Denn bei einem fortdauernden intensiven und öffentlichen

Auftreten gegen die Einschränkungen des kirchlichen Lebens in Osteuropa würden die Kirchen aus den osteuropäischen Ländern mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Druck ihrer Regierungen hin den ÖRK verlassen müssen. — Die Mitteilung Blakes über die Erfolge privater Demarchen ist naturgemäß nicht nachprüfbar.

⁵ Es ist eigentlich verwunderlich, daß gerade Blake die Frage der Reformierten Kirche in den Niederlanden nach den Möglichkeiten für ein Engagement zugunsten der Christen in Osteuropa mit dem Hinweis auf die Ungerechtigkeiten in anderen Teilen der Erde beantwortet. Denn erstens weiß er, daß konkreter Einsatz mit notwendigerweise beschränkten Mitteln immer nur an bestimmten, umgrenzten Punkten geleistet werden kann, wenn er Erfolg haben soll, und zweitens erscheint nichts leichter, als den Vorwurf der Unausgewogenheit beim Einsatz für die Menschenrechte an den ÖRK zurückzugeben. Denn dem später vom Generalsekretär selbst genannten Programm zur Bekämpfung des Rassismus hat der Weltrat der Kirchen nichts Vergleichbares zur Durchsetzung der Freiheitsrechte im kommunistischen Machtbereich an die Seite zu stellen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob eine kirchliche Organisation in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung sich nicht zuallererst derjenigen annehmen sollte, die wegen ihrer Religion diskriminiert und verfolgt werden. Müßte nicht der Einsatz für „die Ureinwohner von Australien oder die Eskimos in Kanada“ demgegenüber zurücktreten? Es versteht sich von selbst, daß der Kampf für die Glaubentoleranz in Osteuropa nicht mit den gleichen Mitteln geführt werden kann wie der Krieg für die nationale

Selbstbestimmung in Afrika. Dennoch sind Schwerpunktprogramme denkbar, die den Kirchen im sowjetischen Einflußbereich die Anteilnahme der Weltchristenheit an ihrer schwierigen Lage beweisen könnten. Außerdem würde der ÖRK durch einen ausgewogenen Einsatz gegen die Diskriminierung in West und Ost eine Glaubwürdigkeit bei jenen erhöhen, die das Antirassismusprogramm für einseitig oder gar für verfehlt halten.

⁶ Der Glaube, Breschnjew könnte durch das Antirassismusprogramm dafür gewonnen werden, mehr Kirchen in sowjetischen Großstädten zuzulassen, kann kaum anders als naiv bezeichnet werden; es sei denn, man versuchte von Anfang an, ein derartiges Junktim zu schaffen, das jedoch ebenfalls wenig Erfolgsaussichten hätte. Dagegen hat der weltweite Protest gegen den Antizionismus in der Sowjetunion gezeigt, daß die kommunistischen Führer unter bestimmten Voraussetzungen die öffentliche Meinung im Westen in ihr Kalkül miteinbeziehen. Aus moralischen Erwägungen heraus gewährte Vorleistungen gegenüber dem politischen Gegner werden von kommunistischen Führern schon deshalb nicht honoriert, weil sie sich selbst von vorneherein in der moralisch überlegenen Position sehen. Niemand wird dem ÖRK den Willen absprechen, für die Christen in Osteuropa einzutreten, und niemand wird auch das Dilemma verkennen, in dem sich der Weltrat hierbei befindet; dennoch fragt es sich, ob Generalsekretär Blake nicht heute beispielsweise ein ebenso klares Wort zur Baptistenverfolgung in der Sowjetunion sagen sollte, wie er 1968 einen spontanen Protest gegen die Invasion der CSSR formuliert hat.

Entwicklung ist mehr als wirtschaftliches Wachstum

Die Rede des Weltbankpräsidenten McNamara vor der Dritten Welthandelskonferenz

In Ergänzung zu unserem Bericht über die Dritte Welthandelskonferenz auf S. 330—333 dieses Heftes veröffentlichen wir hier den Wortlaut der Rede des Präsidenten der Weltbank. Sie orientiert anhand des notwendigen Zahlenmaterials vorzüglich über einige ökonomische und soziale Grundtaten, die den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen bzw. hemmen, und belegt nachdrücklich die beiden Grunderfordernisse: 1. die Notwendigkeit, daß die Entwicklungsländer selbst nicht nur volkswirtschaftliches Wachstum erstreben, sondern im Wachstumsprozeß für eine ausgeglichene Vermögensverteilung sorgen bzw. darauf hinarbeiten (Gefälle zwischen Bruttosozialprodukt und Pro-Kopf-Einkommen auf der einen und der schichtengebundenen Einkommensdiskrepanzen auf der anderen Seite), 2. die Pflicht der Industrieländer, einen die Entwicklungsländer benachteiligenden Handelsprotektionismus (Zollpräferenzen) abzubauen.

I. Einführung

Dies ist die erste Gelegenheit, die sich mir seit meiner Berufung zum Präsidenten der Weltbank geboten hat, an einer Versammlung der Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung teilzunehmen. Ich freue mich sehr, hier anwesend sein zu können.

Was ich zu sagen habe, soll kurz und offen sein. Meine Meinung ist folgende:

— Der Stand der Entwicklung in einem Großteil der Entwicklungsländer ist heute untragbar und verschlimmert sich zusehends.

— Er ist nicht etwa deswegen untragbar, weil es in den vergangenen Jahren — insbesondere während der sechziger Jahre — keinen Fortschritt gegeben hat, sondern weil alle Entwicklungsprogramme sich weitgehend auf gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen erstreckt haben, ohne dafür zu sorgen, daß alle Völker und alle Gruppen innerhalb der Völker in gleichem Umfange am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben.

— Heute, am Eingang des zweiten Entwicklungsjahrzehnts, beginnt man die Fehler der Vergangenheit zu erkennen, doch haben bisher weder die Industrieländer noch die Entwicklungsländer Anstalten getroffen, sie auszuräumen.

— Wenn somit der heutige Entwicklungsstand untragbar ist — und er ist es —, so dürfen wir keine Zeit damit verlieren, nach den Schurken im Stück zu suchen, oder — was noch schlimmer wäre — unnütze Kraft vergeuden, indem die reichen Völker und die armen Völker sinnlos gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil, die gesamte internationale Entwicklungsgemeinschaft, also wir alle, muß alsbald praktische Maßnahmen in die Wege leiten, die der Konzeption nach gesund und in finanzieller Hinsicht durchführbar sind und die darüber hinaus die nötige Unterstützung der Öffentlichkeit finden. Ich will heute einige solche Maßnahmen aufzeigen.

II. Der unterschiedliche und untragbare Stand der Entwicklung

Ich habe gesagt, daß nach meiner Meinung der Stand der Entwicklung in einem Großteil der Entwicklungsländer heute untragbar ist. Er ist in der Tat untragbar, aber nicht, weil es keinen Fortschritt gegeben hätte. Fortschritte sind gemacht worden. Das gesamte sich im Bruttosozialprodukt niederschlagende wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern während des ersten Entwicklungsjahrzehnts war eindrucksvoll. Für manche dieser Länder war es gesamtwirtschaftlich gesehen das erfolgreichste Jahrzehnt ihrer Geschichte.

Diese wirtschaftlichen Maßstäbe können sich aber ungeachtet ihres Nutzens auch als ernstlich unzulänglich erweisen. Ihre Unzulänglichkeit ergibt sich daraus, daß sie allein nicht viel darüber aussagen, was mit dem Leben der Einzelperson in den großen Massen von Menschen in den Entwicklungsländern geschieht. Im Endeffekt ist aber die Verbesserung des Lebens der Einzelperson in der großen Masse der Menschen der wahre Sinn und Zweck der Entwicklungsarbeit.

Was sollen wir zu einer Welt sagen, in der Hunderte von Millionen Menschen nicht nur statistisch arm sind, sondern auch unter täglichen Entbehrungen leiden, die die Würde des Menschen auf einen Tiefstand drücken, den keine Statistik zutreffend wiedergeben kann?

— Eine Entwicklungswelt, in der Kinder unter 5 Jahren nur 20% der Bevölkerung ausmachen, aber von 60% aller Todesfälle betroffen werden.